

## **A n t r a g**

der Fraktion der AfD

### **Das Gesundheitswesen ist integraler Bestandteil der Daseinsvorsorge – Lehre an der Universitätsmedizin Mainz auskömmlich finanzieren**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- den Personalmangel an der Universitätsmedizin Mainz schnellstmöglich zu beheben, damit deren Kapazität vollständig ausgeschöpft werden kann;
- im Einvernehmen mit den Fachschaftsräten Medizin und Zahnmedizin Mainz ausreichend Stellen für die „Studierendensekretariate“ und Promotionsbüros einzurichten;
- alle Kliniken der Universitätsmedizin mit WLAN-Zugängen für Studenten und Lehrpersonal zu versorgen;
- die Finanzierungslücke für einen Medizinstudienplatz dauerhaft zu schließen.

Begründung:

Die Corona-Krise hat uns verstärkt vor Augen geführt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Zu einem funktionierenden Gesundheitssystem gehört eine exzellente Krankenversorgung mit gut ausgebildeten Ärzten, die sich auch in der Fläche, also in den ländlichen Räumen, niederlassen. Das gilt in ganz besonderem Maße für Rheinland-Pfalz als Flächenland. Deshalb muss die Stabilisierung unseres Gesundheitssystems und die Behebung des unmittelbar drohenden Ärztemangels oberste Priorität genießen.

Dass der sich abzeichnende Ärztemangel gerade die ländlichen Räume massiv treffen wird, steht außer Frage. Das Bundesgesundheitsministerium hat bereits sämtliche Bundesländer aufgerufen, die Anzahl ihrer Medizinstudienplätze zu erhöhen. Die Länder können in der Tat Qualität und Quantität steuern. Das kostet Geld. Die ärztliche Versorgung aber ist in hohem Maße systemrelevant.

Umso erschreckender ist die Unterfinanzierung der Mainzer Universitätsmedizin, welche die angehenden Ärzte im Januar 2020 auf die Straße drängte. Von den Medizinstudenten wird infrage gestellt, ob in fünf Jahren noch eine approbationsgerechte Lehre stattfinden kann. Angeprangert wird der Personalmangel, der dazu führt, dass die Kapazität der Universitätsmedizin Mainz nicht ausgeschöpft wird. Das ist deshalb besonders bedeutsam, weil darunter die Lehre in erheblichem Maße leidet. Zu wenig Personal heißt zu wenig Krankenbetten und zu wenig Lehrpersonal. Wenn das ärztliche Personal überlastet ist, steht die Lehre in einem Konkurrenzverhältnis zur Krankenversorgung und kann so nicht den Stellenwert erhalten, der notwendig ist, damit die Studenten adäquat ausgebildet werden. Die Qualität der Lehre leidet auch unter fehlendem Personal in den „Studierendensekretariaten“ und Promotionsbüros.

Völlig unzureichend sind die mediale und digitale Ausstattung. In der Konsequenz gestalten sich sinnvolle Nachbesprechungen der Patientenbefunde als äußerst schwierig. In vielen Kliniken der Universitätsmedizin gibt es zudem kein für Studenten und Lehrpersonal zugängliches WLAN.

Lehre hält mit der Digitalisierung nicht Schritt. Dabei hatte der Wissenschaftsrat bereits im Juli 2017 in seiner „Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz“ empfohlen, „in der Lehre ins-

gesamt noch stärker moderne Entwicklungen aufzugreifen, sowie die Digitalisierung in der Lehre zu beschleunigen und mit mehr finanziellen Mitteln zu unterlegen“ (S. 8). Offenkundig ist das bis heute nicht geschehen.

In ihrem Offenen Brief vom 5. Januar 2020 weisen die Fachschaftsräte Medizin und Zahnmedizin Mainz außerdem auf die „akute Gefährdung der zukünftigen Krankenversorgung“ hin. Wie dem Jahresbericht 2020 des Landesrechnungshofs zu entnehmen ist, macht die Universitätsmedizin „seit Jahren“ gegenüber der Landesregierung deutlich, dass eine Erhöhung des Landeszuführungsbetrags für Forschung und Lehre notwendig sei (S. 180). In der Mai-Ausgabe 2020 des rheinland-pfälzischen Ärzteblattes wird unter dem Titel „Medizinstudierende kämpfen für eine bessere Lehre und fühlen sich dabei nicht ernstgenommen“ vorgerechnet:

„Im Bundesdurchschnitt belaufen sich nach ihren Angaben die jährlichen Kosten für einen Studienplatz der Medizin auf 33 400 Euro. Das Land Rheinland-Pfalz habe im Jahr 2019 rund 27 500 Euro gezahlt. Damit entstehe ein Fehlbetrag von etwa 6 000 Euro pro Studierenden pro Jahr. Bei 3 441 Studierenden führe dies zu einer Finanzierungslücke von ungefähr 20 Mio. Euro pro Jahr.“ (S. 20)

Den Protesten der Medizinstudenten folgte eine Aktuelle Debatte im Landtag. Der Debatte folgte die Corona-Krise. Außerdem teilte die Landesregierung im Dezember 2019 mit, dass bis Herbst 2020 ein Memorandum erarbeitet wird, welches eine Zukunftsvision der Universitätsmedizin formulieren soll (Drucksche 17/10755).

Weil Wissenschaftsminister Konrad Wolf in der jüngsten Ausschusssitzung am 9. Juni 2020 betonte, Rheinland-Pfalz sei gut aufgestellt und ein sprunghafter Anstieg der Studentenzahlen nicht sinnvoll, ist zu befürchten, dass auch das Memorandum nicht die Voraussetzung für die Zukunftssicherung einer flächendeckenden hochwertigen Krankenversorgung schafft.

Für die Fraktion:  
Dr. Jan Bollinger